



Ein Mord und seine Instrumentalisierung

In Aschaffenburg attackierte letzte Woche ein Mann eine Kindergartengruppe und tötete ein zweijähriges marokkanisches Kind und einen zu Hilfe eilenden deutschen Mann. Obwohl der Täter psychisch krank ist, wurde dieses schreckliche Ereignis schnell von der Politik instrumentalisiert: Denn der Täter war ein Afghane ohne Aufenthaltsgenehmigung.

Die Politiker:innen im Bundestagswahlkampf überschlagen sich nun mit ihrem Lieblingsthema: Migration. Rassistische Gewalt gegen die Geflüchteten selbst findet in dieser Debatte keinen Platz. Es geht darum, das Bild eines inneren Feindes zu schaffen. Einzeltaten werden benutzt, um Migration als „größtes Problem“ darzustellen.

Keine Nachrichtensendung in den letzten Tagen, die nicht über diesen Fall berichtete. Doch wie viele Menschen haben zum Beispiel mitbekommen, dass am 2. Januar in Hamburg ein (deutscher) Mann seine Ehefrau mit mehreren Messerstichen ermordet hat? Im Schnitt täglich gibt es einen Mordversuch an Frauen durch ihre Partner oder Ex-Partner und fast jeden zweiten Tag endet ein solcher Femizid mit dem Tod der Betroffenen. Jeder Mordfall, egal woher die Täter kommen, ist schrecklich und einer zu viel, doch der mediale Hype um Einzeltaten von Migrant:innen ist politisch motiviert. Dieselben Politiker:innen, die verantwortlich sind für Kürzungen im Bereich von Frauenberatungsstellen gegen häusliche Gewalt, können nun so tun, als seien Migranten eine besondere Gefahr.

Rechtsaußen-Töne der CDU

Direkt nach dem Mord in Aschaffenburg beeilte sich der CDU-Kanzlerkandidat Merz, den neuen US-Präsidenten Trump kopierend, theatralisch den ersten Tag seiner erhofften Amtszeit zu beschreiben. Er werde nicht nur die deutschen Staatsgrenzen kontrollieren, sondern „illegale“ Migrant:innen massiv inhaftieren. Der Bund solle „so schnell wie möglich [...] leerstehende Kasernen und weitere Gebäude, Containerbauten auf abgeschlossenen Grundstücken [zur Verfügung stellen], um die Zahl der Plätze im Abschiebegehwahrsam zu erhöhen“. Er hat außerdem angekündigt, das Asylrecht praktisch abzuschaffen und für seine Pläne eine Zusammenarbeit mit der AfD nicht ausgeschlossen. Das zeigt, wie wenig wert die „Brandmauer“ ist, die uns angeblich vor einem neuen Faschismus in Deutschland schützen soll.

Die Spaltung hat System

Weder Merz noch sein Vorbild Trump werden alle „illegalen“ Migrant:innen abschieben. Als Arbeitskräfte

sind sie für die Wirtschaft unverzichtbar, wie Streiks dieser Menschen in den USA schon gezeigt haben. Doch wenn sich der Druck auf sie erhöht, dann können Unternehmen (oft über verschiedene Subfirmen) sie noch schamloser ausbeuten und damit das Lohnniveau für alle senken.

Die CDU-Spitzenkandidatin in Rheinland-Pfalz schrieb auf Instagram: „Für das, was Ihr wollt, müsst Ihr nicht AfD wählen. Dafür gibt es eine demokratische Alternative: die CDU.“ Also inhaltlich besteht kein Unterschied. „Demokratisch“ oder nicht, AfD, CDU, aber auch die Ampel-Parteien setzen auf „teile und herrsche“. Meistens mit dem Thema Migration, aber manchmal spielen sie auch angeblich faule Bürgergeld-Empfänger:innen gegen „fleißige“ Arbeiter:innen aus, während sie diese armen Leute noch ärmer machen.

Die Spaltung der Gesellschaft zielt darauf ab, uns gegeneinander auszuspielen. Dabei arbeiten Kolleg:innen „mit Migrationshintergrund“ und „Deutsche“ Seite an Seite und haben gegenüber den Bossen dieselben Interessen – ob nun türkische Kolleg:innen, die seit 40 Jahre in Deutschland leben, oder Syrer:innen, die erst vor 10 Jahren hergekommen sind und inzwischen ihre Ausbildung fertig haben und Kinder bekommen haben. Ein Opfer der Messerattacke letzte Woche war ein zweijähriges syrisches Mädchen, das zum Glück nur verletzt wurde.

Zusammen den kommenden Kürzungen trotzen

Durch Spaltung sollen wir geschwächt werden – um die Ausbeutung zu verschärfen, die Entlassungspläne der Großkonzerne leichter durchzusetzen und Reaktionen der Arbeiter:innenklasse (Streiks) zu erschweren. Der Börsenindex DAX bricht wieder mal alle Rekorde, aber die Superreichen bekommen den Hals nie voll genug. Die Bosse von Allianz und Daimler fordern, den ersten Krankentag abzuschaffen, was bei der CDU Gehör findet. Die AfD will das Arbeitslosengeld von 12 auf 6 Monate kürzen. Nach der Wahl werden wir uns gegen diese kommenden Angriffe wehren müssen, dafür müssen wir schon jetzt jeglichem Versuch, uns zu spalten, entschlossen entgegentreten!

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Erster BVG-Streiktag

Von 3 Uhr Montagmorgen bis 3 Uhr Dienstagmorgen geht der 24h-Warnstreik. Die Forderungen der BVGler: 750 Euro monatlich mehr für alle plus 300 Euro höhere Schichtzuschläge und einiges mehr.

Das ist sicher nicht zuviel. Die Kosten des Lebens draußen sind explodiert, und wir reden hier nicht vom neuen E-Auto, sondern dem Wochenendeinkauf und der Stromrechnung.

Ab 7 Uhr versammeln sich alle auf den Betriebshöfen, 8 Uhr finden Streikversammlungen statt mit Verhandlungsupdate. 9:30 sollen Politiker kommen und die Wut der BVG-Kolleg:innen spüren bei der Übergabe von Petitionen.

Streiken stört die Fahrgäste?

Über die Presse gibt es natürlich Gemotze. Dieser Streiktag störe die Fahrgäste.

Das stimmt. Hinter den Kulissen haben vbb und Senat zwar verhandelt, dass mehr S-Bahnen als Streikbruchmaßnahme fahren sollen. Aber der Streik wird sicher stark.

Nur, was ist mit den 364 anderen Tagen im Jahr?

Bei BVG – wie bei S-Bahn und Regio – ist es ständig schwer für Fahrgäste. Und mit den neuen Sparmaßnahmen des Berliner Senats, die am stärksten den Verkehrsbereich betreffen, kriegen wir alle so richtig bähm eins ins Gesicht. Die BVG hat auch schon gesagt, dass sie die Forderungen nicht erfüllen wollen. Eigentlich sollte schon am 17.1. gestreikt werden. Jetzt hatten 77% der BVGler für Streik sofort gestimmt. Also: volle Solidarität! Ein Streik muss stören, damit Unternehmen und Politik unter Druck geraten und nicht alles mit falscher Freundlichkeit weglächeln.

Und als nächstes der Öffentliche Dienst?

Wird bald bei Post, BSR, Krankenhäusern, Verwaltung gestreikt? Die BSR-Kollegen haben jedenfalls am Donnerstag eine schöne öffentliche Aktion zusammen mit BVG-Busfahrern gemacht, mit Transparenten und Reden und Übergabe von 3.222 Unterschriften für die Forderungen. Es geht um mindestens 350 Euro Lohnerhöhung und höhere Schichtzulage. Die Stimmung war ausgelassen mit vielen lustigen Zwischenrufen. Traut sich verdi, das Problem der vielen unbesetzten Stellen und Löhne frontal mit Streik während der Bundestagswahl auf den Tisch zu knallen? Wäre schön.

EVG Tarifrunde: wie geht es weiter?

Am Dienstag schon wird es die erste Verhandlung zwischen EVG und DB geben. Die Forderungen: 7,6% für alle Lohnerhöhung und für Schichtarbeitende zusätzlich 2,6%. Man soll zusätzliche frei

Tage nehmen können statt Geld. Das 12-Tage-Urlaubsmodell soll bleiben. Die Funktionsgruppen 2, 6, und 4 sollen „angeglichen“ und „angepasst“ werden. Versteht man jetzt nicht so auf Antrieb.

Wie kriegt man das durchgesetzt? Es gibt eine Kundgebung am 3. Februar um 11 Uhr vor dem Hauptbahnhof. Das könnte groß werden. Und dann? Man ist gewöhnt, dass von DB Vorstand nix kommt (außer viel „Danke“) oder sogar Verschlechterungen, denn der DB-Vorstand liebt es, Gegenforderungen zu stellen.

Abwarten könnte böse Überraschungen bringen.

Look up!

Die Pläne der DB mit 30.000 Stellenabbau, Zerschlagung Cargo und S 3 gehen weiter. Das betrifft alle. Eine kollektive Antwort „von unten“ wäre nötig. Wir können Spalterei unter uns nicht gebrauchen. Diese blauen und grünen Betriebe bringen bringen schlechte Stimmung; wenn die DB künftig sogar eine „Prämie“ von 500 Euro netto zahlen könnte für jedes EVG-Mitglied oder über den undefinierbaren „Overhead“ genörgelt wird und so weiter, dann kann sich der DB Vorstand die Hände reiben, weil die ihre Pläne leichter durchsetzen können. Spaltungsversuche sollen den Blick für das Wesentliche verhindern. Das hieße dann mehr Arbeit von weniger Leuten, Verlängerung der Arbeitszeit (ganz freiwillig natürlich) und verlängertes Arbeiten in die Rentenzeit hinein?

Das wichtigste am Arbeiten sind die Pausen

Ahrensfelde ist hübsch geworden, die Kaffeemaschinen in Südkreuz und Ostkreuz sind sehr korrekt, auch wenn der Kaffee nicht so ganz umsonst ist (50 Cent), wie in der Verwaltung. Aber Freizeit ist doch immer noch besser als Arbeit...

Nebenwirkungen der Baumaßnahmen

Auch 2024 war ein Jahr mit vielen teils tödlichen Unfällen auf Baustellen. Die DB sagt, die Zahl würde sinken. Aber sie zählen nicht die Unfälle von Kollegen bei Subunternehmen, wo der Druck auf Arbeit noch mal höher ist. Das Eisenbahnbundesamt hat zwischen Anfang 2023 und Ende 2024 bei 800 Kontrollen insgesamt 2.700 Sicherheitsmängel beanstandet. Tendenz steigend. Auch das steckt hinter den „Erfolgsmeldungen“.

Eat the rich

Letztes Jahr ist der Reichtum der Milliardäre weltweit um 2 Billionen Dollar auf 15 Billionen gestiegen. Die Liste der Milliardäre in Deutschland ist um 9 Leute länger geworden. Mit 130 Milliardären steht Deutschland auf Platz 4 in der Welt.

Wenn dir das Flugblatt gefällt, dann gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter und schreib an:

www.zugfunke.sozialismus.click



Facebook/Instagram: Der Zugfunke

V.i.S.d.P.: Klaus Kirschner c/o Stefan Bommer, Bildun gIschaft für Arbeiter*innen, Sonnenallee 152, 120059 Berlin